



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 16 Sgr. Inserionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in der Zeitungs- 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 26. Mittag-Ausgabe.

Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 16. Januar 1868.

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 15. Januar.

29. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10 1/2 Uhr. Am Ministertisch Graf zu Eulenburg und mehrere Commissarien, später Frhr. v. d. Heydt. Die Vorberatung des Etats des Ministeriums des Innern war gestern geblieben bei den Ausgaben. Tit. 1. (Ministerium, Besoldungen).

Bof. 1. (Minister 12,000 Thlr.) und Bof. 2 (Unter-Staats-Secretär 4500 Thlr.) werden genehmigt.

Zu Bof. 3 (zweiter Ministerial-Director 4000 Thlr.) hat Abg. Altmann den Antrag auf Streichung gestellt. Sachliche Gründe für die neue Etablierung dieser Stelle seien nicht vorhanden; als einzigen Grund führe man die Erweiterung des Staatsgebietes an; man sei schon gewohnt geworden, einzig mit diesem Grunde die Befriedigung von allerlei Wünschen zu motiviren, die damit in gar keiner Verbindung ständen. Die Regierung möge die Nothwendigkeit einer solchen Stelle erst einmal genügend motiviren, ehe man nichts bewilligt werden.

Der Minister des Innern schildert den Umfang der Geschäfte seines Ministeriums, indem er aufzählt, was zum Ressort desselben gehöre. Mit dem Zutritt der neuen Provinzen hat natürlich die Zunahme der Geschäftszahlen eine bedeutende Steigerung erfahren: 1864 waren zu bearbeiten 36,000 Sachen; 1865 — 37,000; 1866 — 42,000; 1867 — 53,000. Die Arbeitskräfte der bisherigen Beamten wurden über alle Maßen angespannt, um alles rechtzeitig zu erledigen. Das Ministerium mußte in zwei Abtheilungen unter besonderen Directoren getheilt werden, diese bisher provisorische Theilung habe sich durchaus bewährt und es liege durchaus im Interesse einer prompten Geschäftsführung, die beantragte Summe zu bewilligen.

Abg. v. Wedell befürwortet die Bewilligung, er gehöre nicht zu den „Strebern“, von denen Abg. Wichow gesprochen, sondern beurtheile die Sache unbefangen und unparteiisch. Man verlange jetzt vom Ministerium eine Reorganisation der gesamten Verwaltung, eine neue Kreis- und Gemeindevorbereitung u. s. w. Wenn man solche Anforderungen stelle, müsse man auch die Arbeitskräfte im Ministerium vermehren, um dem Minister Zeit und Gelegenheit zur Befriedigung dieser Anforderungen zu geben. Die linke Seite spreche stets von der Verwerflichkeit der Hilfsarbeiter; dann müsse man aber auch die notwendigen etatsmäßigen Stellen bewilligen.

Abg. Altmann hält seinen Antrag aufrecht und beantragt im Falle der Annahme eine neue Rathsstelle mit 2600 Thlr. zu creiren; dadurch werde der Geschäftsüberhang beseitigt. Er werde diesen event. Antrag bei Bof. 4 einbringen.

Der Antrag Altmann auf Streichung wird in namentlicher Abstimmung mit 170 gegen 169 Stimmen angenommen und demgemäß die Bof. 4 (statt 10 Rathsstellen mit 26,000 Thlr.) mit 11 Rathsstellen und 28,600 Thlr. genehmigt.

Zu Tit. 5-9 (Statistisches Bureau, Besoldungen 18,525 Thlr., andere persönliche Ausgaben 1100 Thlr., sachliche und vermischte Ausgaben 10,900 Thlr.) liegen drei Anträge vor:

1. Schmidt: Die Regierung aufzufordern:
a) In Zukunft und wo möglich schon von 1868 ab sämtliche von dem statistischen Bureau ausgehende Publicationen den beiden Häusern des Landtages in so viel Exemplaren zugehen zu lassen, als diese Häuser Mitglieder zählen;

b) der amtlichen Statistik durch Reorganisation der statistischen Central-Commission im Sinne der Beschlüsse des internationalen statistischen Congresses zu Berlin vom Jahre 1863 diejenige Einheit zu geben, welche ebenfalls im eigenen Interesse der Statistik liegt, als ganz besonders auch im Interesse der Behörden, welche mit den statistischen Aufnahmen beauftragt sind;

c) der Bildung eines Netzes statistischer Vereine im Sinne der Beschlüsse des königlichen Landes-Oekonomie-Collegiums vom Februar 1867 den möglichsten Vorstoß zu leisten;

d) die in der Session vom 12. December 1866 vom Hause beantragte und von der Staatsregierung zugesicherte Denkschrift über die Leistungen der amtlichen Statistik in Preußen noch in gegenwärtiger Sitzungsperiode dem Hause so möglich vorzulegen;

e) in diese Denkschrift auch die Darstellung der Organisation der amtlichen Statistik in den neu erworbenen Landestheilen mit aufzunehmen.

II. v. Seydewitz für den Director statt 2800 Thlr. (mehr gegen das Vorjahr 300 Thlr.) nur zu bewilligen 2500 Thlr.

III. Glaser: „Die Regierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Ergebnisse der statistischen Aufnahmen möglichst schnell und in übereinstimmender Form veröffentlicht werden.“

Abg. Dr. Glaser: Aus dem Etat ist nicht ersichtlich, wie die zu Publicationen ausgelegten Mittel verbandt, namentlich nicht, ob davon auch Honorar für die Verfasser dieser Publicationen gezahlt werden. Die Verwaltung der Statistik muß insofern eine Umwandlung erleiden, als der norddeutsche Bund in bestimmte Bezirke zum Zwecke derselben getheilt werden muß. Ein Netz von statistischen Vereinen muß sich über das ganze Land verbreiten, vielleicht mit einem Centralverein in Berlin. Die bisherigen Veröffentlichungen erfolgen jetzt zu spät und zu langsam. Wenn ich nun auch die Schwierigkeiten, die zwischen der Aufnahme und der Veröffentlichung liegen, nicht verkenne, so wäre eine schnellere Veröffentlichung doch wohl möglich; sonst geht ihr praktischer Werth gänzlich verloren. Außerdem erfolgt sie nicht in übereinstimmender Form: die letzte hat eine andere Rubrication für die Provinzen und Regierungsbezirke, eine andere für die Kreise. Beiden Uebelständen soll mein Antrag abhelfen.

Reg.-Commissar Wulfsheim: Den Mitgliedern des Landtages die Publicationen des Bureau's zugehen zu lassen, würde mit erheblichen Kosten verknüpft sein, und der dazu bestimmte Fonds bedeutend erhöht werden müssen. Der auf die Reorganisation der Central-Commission bezügliche Antrag des Abg. Schmidt beruht auf einer falschen Voraussetzung. Unsere Central-Commission hat eine andere Bestimmung und andere Einrichtungen, als die gleichen Commissionen anderer Länder. Sie steht nur beratend und begutachtend den anderen statistischen Behörden zur Seite. Die Anlage eines Netzes statistischer Vereine wird noch beraten, zumal die amtliche Statistik einer Reorganisation bedarf. Die Regierung hat ihre Zusage vom vorigen Jahre, eine hierauf bezügliche Denkschrift vorzulegen, nicht einhalten können, es hängt das mit der großen, durch die Bildung des norddeutschen Bundes veranlaßten Umwälzung der einschlägigen Ressortverhältnisse zusammen. Doch wird die Denkschrift und Plan der Reorganisation in der nächsten Session unzweifelhaft vorlegen können. Die statistischen Behörden der neu erworbenen Landestheile sind natürlich aufgehoben worden, da gerade diese Geschäfte geblieben nur von einer Centralbehörde verwaltet werden können. Was den Antrag des Abg. Glaser betrifft, so sind die Uebelstände, die derselbe im Auge hat, zwar da, indessen schwer zu vermeiden. Die Resultate einer Volkszählung lassen sich genau kaum vor 2 bis 3 Jahren nach der Aufnahme veröffentlicht, und auch die einheitliche Form ist nie ganz eingehalten, doch wird man bei der Reorganisation jedenfalls bestrebt sein, auch diese Uebelstände so viel als möglich einer Besserung entgegenzuführen.

Abg. Schmidt (Stettin): Meine Anträge sind nicht aus einem statistischen Enthusiasmus hervorgegangen, sondern aus der nüchternen Erwägung von der Wichtigkeit der Statistik im Dienste der Verwaltung und Wissenschaft. In England erhält jedes Mitglied des Parlaments von sämtlichen Publicationen der Regierung ein Exemplar. Ein dasselbe bezweckender Antrag wurde einmal in der Budgetcommission gestellt. Ich gebe nun gar nicht einmal so weit, mein Antrag bezieht sich nur auf das statistische Bureau. Die „erheblichen“ Mehrkosten, die dadurch entstehen würden, würden eine Summe von 800 bis 1000 Thlr. betragen, deren Aufnahme in den Etat nicht schwierig sein würde. Die Bildung einer Centralcommission für den norddeutschen Bund ist gewiß wünschenswerth, aber hier handelt es sich um eine preussische Centralcommission. Wenn auch eine starke Centralisirung für die Statistik nöthiger ist, als irgendwo sonst, so bitte ich doch auch die Vortheile der Decentralisirung nicht außer Augen zu lassen, d. h. diejenigen

Vortheile, die man durch Unterstützung der Privatstatistik in Vereinen zu erlangen würde. Namentlich bei der landwirtschaftlichen Statistik müßte man dieselbe mehr in Anspruch nehmen, welche gerade bei uns noch sehr im Argen liegt; so war z. B. bei den Ernteberechnungen des vorigen Jahres nach der Veröffentlichung im „Staatsanzeiger“ die Regenernte in Ostpreußen eine bessere, als in Pommern, wogegen von Seiten der landwirtschaftlichen Vereine in Pommern fogleich Zweifel erhoben wurden. — Was die zugesagte Denkschrift betrifft, so glaube ich, verlange das Haus mehr eine Denkschrift propter acta als propter agenda. Wenn der Director des statistischen Bureau's mit der Abfassung einer solchen Denkschrift beauftragt wäre, so hätte er dieselbe vielleicht in einem Zeitraum von 14 Tagen anfertigen können.

Reg.-Commissar Wulfsheim: Ich habe nicht von einem mit dem Bundeskanzleramt in Verbindung stehenden, den gesamten Nordbund umfassenden statistischen Bureau gesprochen, sondern nur behauptet, daß durch die Begründung des Nordbundes eine Verringerung der bestehenden Institute notwendig geworden sei.

Abg. Dr. Enaël (fast ganz verständlich): Es ist unmöglich, die Ergebnisse der statistischen Ermittlungen schneller als bisher im Ganzen zusammenzustellen. Um das Publikum jedoch nicht so lange warten zu lassen, werden Einzelheiten, sobald sie festgestellt sind, bekannt gemacht und außerdem kann Jeder, der an den Ermittlungen Interesse hat, von den Arbeiten im statistischen Bureau Einsicht nehmen.

Abg. Schmidt (Stettin) zieht hierauf den 4. und 5. Theil seines Antrages zurück.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Dr. Glaser wird zur Abstimmung geschritten und die Anträge der Abgeordneten Dr. Glaser, Schmidt (Lehterer nach vorgenommener Zahlung mit 171 gegen 153 Stimmen) angenommen.

Zu Tit. 5 (Besoldungen) nimmt das Wort zur Begründung seines Antrages der

Abg. v. Seydewitz: Nicht persönliche Gründe sind es, die dem von mir gestellten Antrag zu Grunde liegen. Derselbe will den jetzigen Inhaber der Stelle im Gehalte der 2800 Thlr. belassen und verlangt nur, daß die vom Gehalte abzulebenden 300 Thlr. als Remuneration weiter gezahlt werden. Diesen Charakter trägt nämlich die Summe deshalb, weil sie nicht mit dem Amte eines Directors des statistischen Bureau's unmittelbar zusammenhängt, sondern als Entschädigung für die auf die Kalender verwendete statistische Arbeit gezahlt wird. Dieses Verhältnis möchte ich um so mehr aufrecht erhalten wissen, als es wünschenswerth ist, jede definitive Organisation für jetzt zu unterlassen, da wir in diesem Augenblicke noch gar nicht übersehen können, ob nicht der norddeutsche Bund die Statistik in sein Reich ziehen wird. Ich empfehle Ihnen aus diesen Gründen meinen Antrag.

Abg. Twesten: Ich freue mich, daß der Antrag des Herrn Vorredners nach seiner Aussage nicht persönlicher Natur ist. Auf mich hatte er diesen Eindruck gemacht. Die dafür angeführten sachlichen Gründe sind in keiner Weise zureichend. Deshalb wird das Gehalt nicht definitiv auf 2800 Thlr. festgesetzt, da möglicherweise der Bund die Statistik in seine Hand nehmen wird, in welchem Falle dieser Grund könnte vielleicht angeführt werden, wenn es sich darum handelte, eine neue Stelle zu schaffen. Die Stellung eines Directors ist aber längst eine etatsmäßige und wird auch unter der Leitung des Bundes niemals entbehrt werden können. Die 300 Thlr. sind allerdings eine Entschädigung für die Direction der Kalender; die damit zusammenhängende Arbeit wird aber kaum einem Andern als dem Director des statistischen Bureau's übertragen werden können, und ich empfehle Ihnen um so mehr, diese 300 Thaler dem festen Gehalte hinzuzufügen, als dasselbe immer noch hinter dem früheren, das 3000 Thlr. betrug, zurückbleibt.

Abg. Parisius: Auch ich spreche meine Befriedigung aus, daß der Antrag des Abg. v. Seydewitz kein persönlicher sein soll, und daß der Herr Antragsteller versucht hat, sachliche Gründe für denselben beizubringen. Ich glaube, er hätte die Nummer von 300 Thlr. für zu hoch gehalten, und zwar deshalb, weil die conservative Partei immer eine gewisse Abneigung gegen die Statistik überhaupt an den Tag gelegt hat. Ich erinnere mich, daß der Abg. Wagener bei einer Gelegenheit, als ihm unbenannte Ergebnisse der Statistik entgegen gehalten wurden, äußerte: „Wir werden uns bemühen, eine andere Statistik zu schaffen, in der wir finden, was wir suchen“, und daß der Abg. Dr. Glaser nach einem Berichte der „Kreuzzeitung“ einmal ausgerechnet hat, daß die demokratischen Wahlen in Berlin nur auf die große Zahl der hier lebenden Bummeln zurückzuführen sei. (Heiterkeit.)

Nachdem der Reg.-Commissar Wulfsheim ebenfalls die Regierungs-vorlage empfohlen, zieht der Abgeordnete von Seydewitz seinen Antrag zurück.

Abg. Dr. Glaser: Der Abg. Parisius hat einen Ausdruck erwähnt, den ich in einem öffentlichen Vortrage gebraucht haben soll. Derselbe bezieht auf unrichtigen Zeitungsberichten, die ohne meine Kenntniß veröffentlicht worden sind. Ich sprach aus, daß in Berlin ein großer Einfluß auf die Wahlen ausgeübt würde durch die bedeutende Anzahl unbeschäftigter Leute, und einer der Zuhörer warf den Auf „also Bummeln“ dazwischen. Auf diese Weise ist der Ausdruck in die Zeitungen gekommen, und es ist unmöglich, alle derartigen Irrthümer öffentlich zu berichtigen.

Abg. Parisius: Es war ein Bericht der „Kreuzzeitung“, auf den ich mich bezog, ich konnte deshalb eine unrichtige Darstellung kaum voraussetzen. Nach diesem Bericht rechnete Herr Professor Glaser zu den Bummeln den größten Theil der (unbeschäftigten) Aerzte, Schriftsteller u. s. w. Unbeschäftigte Professoren hat er, so viel ich weiß, nicht dahin gezählt. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Glaser: Der Bericht ist erst mehrere Monate nach dem Vortrage erschienen; ein Irrthum war deshalb wohl möglich. Uebrigens habe ich eben so wenig unbeschäftigte Professoren als abgesetzte Kreisrichter zu den Bummeln gerechnet. (Heiterkeit.)

Es folgen nun die Tit. 10-12 (Landdrosteien, Landräthe), über welche eine Generaldiscussion eröffnet wird und an die sich sehr zahlreiche Anträge knüpfen. Es melden sich 19 Redner zum Wort. Die Titel selbst lauten:

Tit. 10. Besoldungen für die Landdrosteien und die Landrathlichen Behörden und Aemter: 75,200, resp. 1,171,778 Thlr.

Tit. 11. Dienstaufwands-Entschädigungen 30,600, resp. 548,569 Thlr.

Tit. 12. Außerordentliche Remunerationen, Unterstützungen 12,950, resp. 18,500 Thlr.

Von den Anträgen, die zu diesen Titeln gestellt sind, theilen wir für die Generaldebatte nur die von allgemeiner Tendenz mit:

1) Legidi: die Regierung aufzufordern, bei den Vorarbeiten zu dem Budget der nächsten Jahre darauf Bedacht zu nehmen und dazu die jedesmal möglichen und erforderlichen Schritte zu thun, 1) daß die Ungleichheit, welche zwischen alten und neuen Landestheilen der Monarchie in Bezug der Organisation der Verwaltungs-Behörden gegenwärtig besteht, in durchgreifender Weise ausgeglichen werde, 2) daß die Zahl besoldeter Verwaltungs-Beamten erheblich vermindert, der Geschäftsgang der Behörden vereinfacht und das Schreibwesen verringert werde, 3) daß die Annehmbarkeit des Systems unbesoldeter Ehrenämter einer eingehenden Prüfung unterzogen werde, insofern dasselbe mit unsern Zuständen in Einklang zu bringen ist, die Einführung desselben vorbereitet werde, 4) daß die dann bestehenden besoldeten Verwaltungsämter desto würdiger und in sämtlichen Provinzen des Staats gleichmäßig ausgestattet werden.

2) v. Götler: die Regierung zu ersuchen, bei der Aufstellung der Stats der nächsten Jahre die Verwaltungs-Beamten der Tit. 10 bis 12 gebachten Kategorien in allen Theilen des Staates mit einem entsprechend gleichen Gehalte, unter Fortfall der Bevorzugung einzelner Provinzen des Staates zu dotiren, und dabei auf eine dem Bedürfnisse entsprechende Erhöhung des Einkommens der zu gering besoldeten Stellen, Bedacht zu nehmen.

3) v. Pommer-Eiche: die für die Landdrosteien und Aemter in der Provinz Hannover im Stats-Einkauf angelegten Summen zu bewilligen, zugleich aber die Erhaltung auszusprechen, die Regierung werde dafür Sorge tragen, daß durch Verminderung der Zahl der Staatsbeamten in der Provinz Hannover die Kosten der Verwaltung derselben allmählig verringert werden.

4) Solger: die Regierung aufzufordern, eine vollständige Reorganisation der gesamten inneren Verwaltung, insofern sie gegenwärtig zum Geschäftskreis der Regierungen gehört, in Uebereinstimmung mit den für eine neue Ordnung der Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Verfassungen zu erlassenden und bereits theilweise in Aussicht gestellten Gesetzen baldmöglichst herbeizuführen und in der nächsten Sitzungsperiode des Landtags die desfallsigen Gesetze vorzulegen.

führen und in der nächsten Sitzungsperiode des Landtags die desfallsigen Gesetze vorzulegen.

5) Born: 1) die Regierung aufzufordern, alle neuen Anstellungen in den neuen Provinzen bis zur gesetzlichen Feststellung der Organisation der Verwaltungsbehörden dajelbst nur als provisorische vorzunehmen; 2) sämtliche Gehälter der Verwaltungsbeamten in den neuen Provinzen im Etat für das laufende Jahr nur im Extraordinarium zu bewilligen.

Die speciellen Anträge verlangen theils Streichung einzelner Positionen, theils die Ueften, Bewilligung der sämtlichen Forderungen oder wie Braun derer für den Reg.-Bez. Wiesbaden als Pauschquantum.

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Bei der neuen Organisation sind in Nassau große Mißgriffe gemacht, die ihren Grund weniger in Berlin als in Wiesbaden haben mögen. Es ist den neuen Provinzen so oft vorgeworfen worden, daß sie für die alten Provinzen nur Lasten brächten; aber der finanzielle Nachtheil für die alten Provinzen ist nur temporär. Aber bedenklich wäre es, wenn man mit einem so kostbaren Verwaltungsorganismus zu regieren fortführe. Für den Regierungsbezirk Wiesbaden finden wir in dem Etat außer 2 städtischen Landräthen 10 Landräthe der ländlichen Kreise, 10 Kreissecretäre, 10 Kreisboten, 27 Amtmänner, 27 Amtsboten und die dadurch verursachten Ausgaben geben gegen die früheren auch schon sehr kostbaren nassauischen Einrichtungen ein Plus von 23,000 Thlr.

Wenn man so fortfährt, dann wäre allerdings die Acquisition dieses Territoriums für Preußen das schlechteste finanzielle Geschäft, das es jemals gemacht. Eine Abhilfe hiergegen wird man in meinem Antrage finden, der sich um so besser ausführen läßt, als bis jetzt die Landräthe alle nur commissarisch angestellt sind. Die Amtmänner waren früher bei uns, jeder in seinem Bezirke. Ober der Justiz, der Communal-Verwaltung, der Kirchenverwaltung, Chef aller möglichen denkbaren politischen, kirchlichen, administrativen Dinge, der Schulachen u. s. w. Justiz und Verwaltung wurden, und das erkenne ich an, folglich von der preussischen Regierung getrennt, aber die Neugründung der Verwaltung geschah in der verheerendsten Weise. Man hat nämlich außer dem Amtmann, an dem Sitz, wo er residirt, noch einen Landrath hingelegt, so daß also jetzt 2 Beamte da sind, die beide auf dieselben Geschäfte ohne Begrenzung der Competenz angewiesen sind. Das ist die organisirte Desorganisation. Und stellen Sie sich die Sache näher vor: ein junger Assessor, der zum Landrath avancirt ist und auf der anderen Seite ein altnauswüchsiges Amtmann, der degradirt ist, der in seinem Bezirke, in dem er bisher allmächtig war, eine capitis deminutio maxima erlitten hat; zwischen beiden keine Regelung der Competenz, der eine gewissermaßen nur ein Duplicit vom anderen! Es ist das ein ganz unerträglicher Zustand, der zu Conflicten führen muß, wenn beide von gleichem Arbeitstriebe befeuert sind. Wenn aber nur der eine Drang zur Arbeit hat und der andere nicht, ja dann wird dieser andere sich auf Mollitia werfen, ut aliquid fecisse videatur; dann fängt er an zu bedormunden, Eingriffe zu machen in den Geschäftskreis der Gemeinden, sich in Sachen zu mischen, die ihn nichts angehen, dann haben wir mit einem Worte die verderblichste Vielregiererei. Nichts aber in der Welt läßt die eigene Willenskraft so, als die so weit ausgedehnte Bureaucratie, und wenn die Masse mit Anforderungen an den Staat kommt, die Sie als nicht berechtigt anerkennen, so sind Sie selber und die Bureaucratie Schuld. (Beifall.)

Abg. Legidi entwickelt in seiner Stellung als Theoretiker die in seinem Antrage ausgedrückten Ideen, ohne deren Verwirklichung unser Civilstat bald martialischer aussehender müßte als der Militarstat, die Idee der Selbstständigkeit der Kreise, Gemeinden und Provinzen, so daß der Staat nur die Oberaufsicht behielte. Die Klagen über die Bureaucratie werden durch die Subalternen hervorgerufen, welche sogar die Verhandlungen dieses Hauses verbittern. In Bezug auf die Stellung Hannovers bemerkt der Redner: ein hannoverscher Abgeordneter, der im Reichstag auf dem Kothurn, im Landtage gern auf dem Sockel gewandelt, habe von Liebesanträgen gesprochen und vor allem den Provinzialfonds als Liebeszeichen verlangt. Das heißt doch in der That zu nachdrücklich von der Mithras sprechen und erinnert an Carl Buttervogel im Münchhausen, der gegen gute Befestigung Liebe und Treue verspricht.

Abg. Grumbrecht bekämpft die von dem Vorredner aufgestellte Resolution und giebt jedem Definitum den Vorzug vor dem besten Provisorium.

Abg. Graf Bethusy-Suc: Wir würden uns selbst ein testimonium paupertatis ausstellen, wenn wir die Verschiedenheiten der Provinzen als so bedeutend anerkennen, daß sie Gleichheit und Gerechtigkeit ausschließen. Mit dem Worte Selbstgouvernement ist bereits viel Humbug getrieben; jede Partei betrachtet es als Schiboloth und eine Art von Ahetung-Premie. Ich erkenne darin nicht bloß die Mitwirkung einer Volksvertretung, sondern die Verrichtung gewisser, specifisch staatlicher Arbeiten unter bestimmter staatlicher Controle. Die Landrathämter wieder zu unbesoldeten Ehrenämtern zu machen, wird seine Schwierigkeiten haben, da sich schwerlich genug geeignete Persönlichkeiten finden werden. Man kann dazu nur gelangen durch Erhebung des Bewußtseins, daß die Arbeit für das Allgemeine eine ehrenvolle Pflicht ist, und dieses Bewußtsein muß pädagogisch anerzogen werden. Deshalb wird man die Annahme solcher Ehrenämter obligatorisch machen müssen, ohne jedoch die Controle des Staates auszuschließen, und sollte dies Mittel nicht genügen, so lege man eine Luxussteuer auf Dummheit, Feigheit und Faulheit. (Heiterkeit.)

Was die eigentliche Organisation betrifft, so will ich Ihnen in wenigen Zügen meine Ansicht darlegen. Zunächst wird eine neue Gemeinde- und Kreisordnung, deren Besserung schon so oft betont worden, geschaffen werden müssen. Die Trennung der politischen von den kommunalen Aemtern, eine geeignete Kreisvertretung ist nothwendig; hinsichtlich der Organisation der Regierung es zu genügen, wenn in jeder Provinz ein Regierungscollegium eingesetzt wird; unter altem preussischen System muß seinem Ende entgegengehen, denn durch dieses nähern wir uns der französischen Präfectenverwaltung. Diesem Provinzialcollegium möchte ich eine Provinzialvertretung mit erweiterten Competenzen zur Seite stellen, wobei mir der Gedanke an unsere jetzigen Provinziallandtage allerdings fern liegt. Es ist schon oft darauf hingewiesen, daß der preussische Landtag dem Reichstage gegenüber immer mehr überflüssig wird. Ein Theil seiner Competenzen wird an den Reichstag fallen, ein anderer aber muß auf die Provinziallandtage übergehen und deshalb sorgen Sie, daß geeignete Organe dafür geschaffen werden.

Der Minister des Innern will bei diesen Debatten mehr hören als sprechen und gern empfangen, was ihm geboten wird. Nur erklärt er sich schon jetzt gegen den Antrag Braun, der ihm die definitive Anstellung von Beamten im Regierungsbezirk Wiesbaden unmöglich machen würde und bittet, sich zuvor über den Begriff des Pauschquantums zu verständigen.

Abg. Twesten: Der Streit über den Begriff Selbstverwaltung ist wieder interessant noch fruchtbar; warten wir damit, bis uns bestimmte Vorlagen gemacht sind. Als die Organisation der Behörden zunächst beim Finanzministerium zur Sprache kam, schien eine sehr sanguinische Stimmung zu herrschen, die sich auch jetzt wieder geltend macht. Bis wir zur neuen einheitlichen Organisation gelangen, wird es noch lange dauern und ich halte deshalb ein Provisorium nicht für geeignet. Auch hier wird eine Organisation nöthig sein und deshalb kann ich mich mit dem Antrage des Aemter als auf Born nicht einverstanden erklären. Mein Antrag erkennt die Aemter als auf einem Gesetz beruhend an, dagegen ist die Zahl der Landdrosteien noch eine offene, der Herr Minister hat anerkannt, daß er noch nicht entschieden ist, wie viele derselben fortbestehen werden. Aus diesem Grunde möchte ich, die im Etat angelegten Positionen für die Landdrosteien nicht als definitive anerkennen, die Stellen sollen nicht als etatsmäßig betrachtet werden, und deshalb habe ich beantragt, ein Pauschquantum für die Verwaltung Hannovers zu bewilligen und die Regierung aufzufordern, keine Stelle bis zur endgültigen Regelung definitiv zu besetzen. Bis zum nächsten Jahre wird sich die Verwaltung so fortzuführen lassen, und wir haben durch Annahme meines Antrages den Vortheil, nicht wieder zu einer Erweiterung der Bureaucratie Hand geboten zu haben. Die auf Erhebung oder Gleichstellung der Beamtengehälter gerichtete, so wie überhaupt alle auf die endliche Regelung sich beziehenden Anträge haben für jetzt noch einen so untergeordneten Werth, daß ich auf ihre Annahme oder Ablehnung gar kein Gewicht lege, dagegen bitte ich Sie, den Antrag des Abg. Pommer-Eiche abzulehnen.

Der Minister des Innern: Alles, was für Landdrosteien bewilligt wird, muß definitiv bewilligt werden. Im Interesse der Regierung muß ich

